

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Waldshut-Tiengen,
15. Juli 2013

Beginn der Sitzung: 18:42 Uhr
Ende der Sitzung: 20:50 Uhr

Ort: Tiengen, Öffentliche
Evangelischer Gemeindesaal Sitzung

Oberbürgermeister Albers gibt bekannt, dass sich der Gemeinderat im vorhergehenden nichtöffentlichen Teil der Sitzung bezüglich der Besetzung der Bauverständigenstelle für die Bewerberin Frau Oehl entschieden hat.

73.

Wasserschutzgebiet Wettemoos- und Wieslandquellen auf der Gemarkung

Krenkingen:

Stellungnahme der Stadt Waldshut-Tiengen

Oberbürgermeister Albers begrüßt Herrn Wagner und Frau Granacher vom Landratsamt, Waldshut, Amt für Umweltschutz, Abteilungen Wasserwirtschaft und Wasserrecht und verweist auf die umfangreiche vorliegende Stellungnahme.

Herr Wagner führt eine Präsentation vor, in der vorwiegend die Flächen dargestellt werden, die das geplante neue Wasserschutzgebiet umfassen soll, sowie u. a. Nitratwerte und genutzte Wassermengen.

Auf Bitte von OB Albers trägt der Ortsvorsteher von Krenkingen, Frank Kaiser die Ansicht des Ortschaftsrats vor. Dieser spricht sich gegen eine Erweiterung des bereits bestehenden Wasserschutzgebietes aus. Wie er erklärt, seien die Flächen in Krenkingen für die Landwirte aufgrund der Hanglage ohnehin schwierig zu bewirtschaften. Mit der geplanten Erweiterung würden dann über 50% der Gemarkungsfläche dem Wasserschutzgebiet zugeordnet. Die Einschränkungen für die Landwirtschaft seien erheblich. Betroffen seien vor allem die vier Vollerwerbslandwirte.

Wie OB Albers mitteilt, wird das Landratsamt nun über das weitere Vorgehen entscheiden. Er rechne damit, dass schlussendlich vor Gericht entschieden werde.

Beschluss:

Der Gemeinderat Waldshut-Tiengen lehnt die Ausweitung der Wasserschutzgebiete auf der Gemarkung Krenkingen ab, sofern die Landwirtschaft dadurch in ihrem Bestand gefährdet wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

74.

Kunstrasenplätze:

Vorläufige Stellungnahme des Landratsamtes zum Hochwasserschutz

Oberbürgermeister Albers erläutert den Sachverhalt.

Für die Herstellung des Kunstrasenplatzes in Tiengen sei geplant, das Gelände aus Gründen des Hochwasserschutzes anzuheben. Das Landratsamt verlange hierzu einen

Ausgleich an anderer Stelle, wo das Gelände entsprechend abgesenkt werden solle. Vorgesehen sei hierfür das Gelände des Hartplatzes. Für den Platz des VfB Waldshut erhalte man eine ähnliche Auskunft, der Hartplatz soll ebenfalls angehoben werden. Dort werde allerdings kein Ausgleich verlangt.

Herr Wagner vom Landratsamt, Amt für Umweltschutz, Abteilung Wasserwirtschaft erläutert, dass in einer Rechtsverordnung geregelt sei, dass sämtliche Geländeerhöhungen genehmigungspflichtig seien. Das Wassergesetz des Landes unterscheide zwischen dem Innen- und dem Außenbereich. Im Außenbereich sei aus Gründen des Hochwasserschutzes ein Retentionsausgleich verlangt. Das bedeute, dass wenn eine Geländeerhöhung vorgenommen werde, an anderer Stelle Abgrabungen vorgenommen werden müssen, im gleichen Maße wie erhöht werde. Für den Innenbereich gebe es diese Vorschrift nicht, dort sei die Gemeinde zuständig, Regelungen zum Hochwasserschutz zu treffen.

Herr Wagner zeigt mittels einer Präsentation Hochwassergefahrenkarten, die das Hochwasserrisiko für das Gebiet des Sportplatzes an der Wutach darstellen. Das letzte größere Hochwasser im Jahr 1995 trete mit einer durchschnittlichen Wahrscheinlichkeit von 5 Jahren auf. Das Hochwasser Anfang 1991 hatte eine Jährlichkeit von HQ 50.

Stadtrat Wolfgang Hörr, SPD-Fraktion, erkundigt sich nach den Konsequenzen, wenn für das Sportplatzgelände in Tiengen keine Höhenveränderung vorgenommen würde.

Herr Wagner antwortet hierauf, dass die Herstellung eines Kunstrasenplatzes genehmigungsfähig wäre, wenn das Geländeniveau nicht verändert würde. Allerdings habe man dann dort ein Risiko auf ein Hochwasser von durchschnittlich alle 15 bis 20 Jahre.

Stadtrat Harald Würtenberger, Freie Wähler-Fraktion, fragt nach, ob nicht eine Erhöhung des Dammes zulässig sei. Er verstehe nicht, dass man die Infrastruktur, die man geschaffen habe, nicht schützen dürfe.

Herr Wagner führt hierzu aus, dass der Gesetzgeber eindeutige Vorschriften mache. Im Außenbereich sei Retention vorgeschrieben, im Innenbereich sei Hochwasserschutz.

OB Albers äußert sich, es mache keinen Sinn, eine Planung einzureichen, in der nicht Ausgleichsflächen ausgewiesen seien. Es sei darüber zu entscheiden, ob die Planung für den FC Tiengen 08 fortgesetzt werde. Weiterhin vertrete er nicht vor der Bevölkerung, dass ein Kunstrasenplatz auf dem jetzigen Niveau eingebaut werde. Er sei bereit, Mehrkosten im Haushalt zu schultern.

Stadtrat Markus Ebi, CDU-Fraktion, äußert Zweifel, ob eine Ausgrabung des Hartplatzes als Retentionsausgleich realistisch sei, da die Fläche kleiner sei und somit tiefer ausgegraben werden müsste.

Der Oberbürgermeister antwortet hierauf, dass zunächst der FC gefragt werden müsse, ob er mit dem Ausbaggern des Hartplatzes einverstanden sei.

Stadtrat Wolfgang Hörr trägt, wie er sagt, für den FC Tiengen 08 vor, dass dies der Wunsch des Vereins sei.

Oberbürgermeister Albers wendet ein, dass er die Auskunft des Club-Präsidenten möchte.

Der im Publikum anwesende Präsident Bernhard Boll äußert sich, nachdem ihm durch OB Albers das Wort erteilt wurde, dass auf den Tennenplatz verzichtet werden könne.

OB Albers gibt zu Protokoll, dass für die Herstellung eines Kunstrasenplatzes für den FC Tiengen 08 das Gelände zum Hochwasserschutz erhöht werden solle, zum Retentionsausgleich werde der Tennenplatz entsprechend ausgebaggert. Das Büro Kaiser solle mit der Planung beauftragt werden.

Stadtrat Alfred Scheuble, FW-Fraktion, greift die vorangegangene Wortmeldung von Stadtrat Markus Ebi auf. Er sei ebenfalls der Ansicht, dass eine Abgrabung des

Tennenplatzes im erforderlichen Maße nicht realistisch sei. Er meine, dass dort dann ein Höhenunterschied von 3 Metern entstünde und man hierfür kein Geld investieren solle.

Oberbürgermeister Albers stellt abschließend fest, dass man das Ingenieurbüro Kaiser mit der Prüfung beauftragen werde. Er rechne mit einem Ergebnis bis Oktober dieses Jahres.

75.

Bergstadt III – Erschließungsmaßnahme: Auftragsvergabe der Tiefbauarbeiten

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage und bittet Tiefbauamtsleiter Hubert Binninger bezüglich des zeitlichen Ablaufs zu Wort.

Herr Binninger teilt mit, dass in etwa 14 Tagen Baubeginn sein werde. Bis Mitte des Jahres 2014 solle ein Teil fertig gestellt sein, mit der kompletten Fertigstellung sei wahrscheinlich Ende 2014 zu rechnen.

Beschluss:

Der Gemeinderat vergibt die Tiefbauarbeiten – Anteil Stadt (Straßenbau und Kanalbau) – an die preisgünstigsten Bieter, die Bietergemeinschaft (BG) Schleith / Klefenz, Waldshut-Tiengen.

Die Beauftragung des Anteils der Stadtwerke für die Wasserversorgung erfolgt durch die Stadtwerke direkt an die Bietergemeinschaft.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

76.

Zentrenkonzept: Gutachterliche Untersuchung zur Zentrenrelevanz von Zooartikeln/Tiernahrung, Tierpflegeprodukte

OB Albers stellt kurz den Sachverhalt vor.

Stadtrat Dieter Zauft, CDU-Fraktion, äußert für seine Fraktion die Ansicht, dass wenn das Gutachten zum Ergebnis käme, die in der Vorlage genannten Zooartikel als nicht zentrenrelevant darzustellen, lebende Tiere weiterhin nicht zugelassen werden sollen und es bei einer Verkaufsflächenbeschränkung von 400 m² bleiben solle.

Stadträtin Claudia Hecht, SPD-Fraktion teilt mit, dass ihre Fraktion lebende Tiere gern aus der Liste der zentrenrelevanten Sortimente draußen hätte. Diese gehören nicht zu den Artikeln des täglichen Bedarfs, wie die Tiernahrung und die Pflegeprodukte.

Stadtrat Paul Albiez-Kaiser, GRÜNE-Fraktion, erkundigt sich nach den Kosten für das Gutachten und wer es erstellen solle.

Bürgermeister Beck stellt klar, dass es in der Sitzung nicht um die Entscheidung der Zentrenrelevanz der einzelnen Sortimente gehe, sondern um die Entscheidung, ob ein Gutachten in Auftrag gegeben werden solle. Wer dies erstellt sei sekundär. Die Kosten seien nicht bekannt. Er rechne mit ein paar Tausend Euro.

Stadtrat Dieter Zauft bezweifelt das Erfordernis eines Gutachtens. Er sei der Ansicht, dass man eine Linie haben müsse und sich nicht in Gutachten flüchten solle.

Stadtrat Albiez-Kaiser äußert sich, dass seine Fraktion ebenfalls nicht die Notwendigkeit eines weiteren Gutachtens erkennen könne. Er halte es für ausreichend, wenn 2 bis 3 Fachleute in den Stadtentwicklungsausschuss eingeladen würden.

Bürgermeister Beck vertritt die Ansicht, dass sich der Gemeinderat bei der Änderung des Konzeptes schwer tue ohne eine gutachterliche Stellungnahme. Er halte eine Belegung durch Zahlen für erforderlich. Er stellt auch klar, dass das zu erstellende Gutachten umfassend sein solle.

Auf Antrag der SPD-Fraktion, zu dem OB Albers mehrheitliche Zustimmung feststellt, wird der Beschlussantrag um „lebendige Tiere“ ergänzt.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, gutachterlich prüfen zu lassen, ob Zooartikel/Tiernahrung, Tierpflegeprodukte, lebendige Tiere im Zentrenkonzept der Stadt Waldshut-Tiengen als nicht zentrenrelevante Sortimente dargestellt werden können.

Abstimmungsergebnis:

Bei 7 Ja-Stimmen
mehrheitlich abgelehnt

Oberbürgermeister Albers fasst abschließend zusammen, dass es bei der bisherigen Regelung bleibe. Die Herren von Toom würden entsprechend informiert.

77.

Anmietung von Räumen im Tiengener Schloss

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage.

Einige Stadträte äußern lobenden Zuspruch für den Vorschlag in der Vorlage.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, die in der Vorlage genannten Räume für die Nutzung als Ausstellungsräume und als Archiv und Ausstellungsraum für die Kaminski-Gesellschaft anzumieten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll beigefügt.

78.

Tierheim Steinatal:

a) Erhöhung der Preise für die Unterbringung von Fundtieren

Der Oberbürgermeister erklärt den in der Sitzungsvorlage dargestellten Sachverhalt.

Stadtrat Dieter Zauft zeigt sich verärgert, darüber, dass die Stadt Waldshut-Tiengen im Vergleich zu den anderen Kreisgemeinden der größte Zahler ist.

OB Albers stimmt dem zu. Auch er sehe nicht gern, dass sich die Umlandgemeinden zurückziehen. Er sehe aber auch, dass diese ländlicher geprägt seien und die Fundtierzahlen aus den umliegenden Gemeinden sehr klein seien. Es gebe nun einmal die gesetzliche Regelung, dass die Stadt die städtischen Fundtiere entgegenzunehmen habe.

Auf Nachfrage von Stadtrat Günter Heinrich, SPD-Fraktion, erläutert OB Albers, dass der Landkreis nicht in der Pflicht sei. Die Fundtiere seien reine Gemeindeangelegenheit.

Allerdings trage der Landkreis auch Kosten der Unterbringung auf Veranlassung der Veterinäre und die seien im Jahr etwa so hoch wie die der Stadt.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die erhöhten Kosten der Fundtierunterbringung gemäß beigefügter Übersicht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

b) Städtischer Zuschuss zur Sanierung

Oberbürgermeister Albers verweist auf die vorliegende Sitzungsvorlage.

Er fügt an, dass es hier um Vorgaben der Landesregierung gehe. Es komme bei uns im Land vor, dass sich Gemeinden in solchen Fällen Zuschüsse brüderlich teilen. Bei uns sei jedoch bisher kein Einvernehmen möglich gewesen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, dem Tierschutzverein einen Zuschuss in Höhe von 32.000 € zur Sanierung des Tierheimes zu gewähren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

79.

Rheinschloss Waldshut:

Informationen über die Eckdaten zur Auslobung des neuen Architektenwettbewerbes

Stadtplanerin Margit Ulrich informiert über die Wettbewerbsbedingungen, die das vom Investor beauftragte Büro für Stadtplanung Bernd Fahle ausgearbeitet hat. Sie erläutert die in den vergangenen Wochen zusammengestellten Eckdaten zur Auslobung des Architektenwettbewerbes und veranschaulicht dies anhand einer Präsentation.

Die wesentlichen Eckdaten sind u. a.: Beschränkung der Bruttogeschossfläche auf ca. 6.000 m², maximal 8 Geschosse oberhalb Straßenniveau, Höhe ab Erdgeschoss max. 24,6 m, 6.071 m² Bruttogrundfläche, 4 Geschosse in den Hang eingebaut, Hauptnutzung: hochwertiges Wohnen, ergänzend Büro, Größe der Wohnungen, ca. 80 bis 100 Stellplätze, zwingende Ein- und Ausfahrt im westlichen Bereich, Erhaltung des Charakters der Rheinböschung.

Stadtrat Harald Würtenberger zeigt sich irritiert über den in der Präsentation abgebildeten 3-teiligen Kubus. Dieser sei abgelehnt worden, tauche jetzt aber wieder auf.

Margit Ulrich stellt klar, dass für eine Solitäre Lösung Einvernehmen erzielt worden sei.

Zum Verfahren erläutert Frau Ulrich weiter, dass 6 eingeladene Architekturbüros aufgefordert wurden, ihre Konzepte einzureichen. Abgabetermin sei der 2. Oktober, sodass die eingereichten Vorschläge im November zur Beratung gegeben werden könnten.

80.

**Generalsanierung Stadthalle Waldshut:
Zwischenbericht und Auftragsvergabe**

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage.

Die Gemeinderatsfraktionen der CDU, SPD und Freien Wähler äußern sich zustimmend zum in der Vorlage beschriebenen Vorgehen.

Stadtrat Gerhard Vollmer, SPD-Fraktion, äußert außerdem die Anregung, die Beratungsergebnisse im September oder Oktober im Stadtentwicklungsausschuss zu behandeln.

Oberbürgermeister Albers stimmt dem Vorschlag zu.

Stadtrat Paul Albiez-Kaiser äußert den Wunsch, ein paar der Ergebnisse in Kurzform dargestellt zu bekommen.

Hochbauamtsleiter Martin Gruner schildert das bisherige Vorgehen der Arbeitsgruppe, die aus jeweils zwei Vertretern der verschiedenen Nutzergruppen besteht. Es sei eine Aufteilung in diverse Bereiche und Teilbereiche erfolgt, wie z. B. Eingangsbereich, Bühne, Bestuhlung, Hallenbad und Sauna, Aufenthaltsraum, Küche, Sport, Lagermöglichkeiten. Hierbei habe man sich mit verschiedenen Optionen beschäftigt. Beispielsweise wäre es bezüglich der Bestuhlung denkbar, mit Teleskopebenen zu arbeiten. Für den Hallenbad- und Sauna-Bereich käme auch ein Außenbecken in Frage. Bei der Küche stelle sich die Frage, ob sie am bisherigen Ort bleiben könne. Auch wäre evtl. ein Gastronomiebereich für das Hallenbad interessant. Zum weiteren Vorgehen teilt er mit, dass es ein weiteres Arbeitstreffen geben wird. Die Architekten der Planungsgruppe sollen Input erhalten.

Was die Sanierungszeit betrifft, so erläutert OB Albers, werde für die stadteigenen Veranstaltungen geprüft, ob mit diesen nach Tiengen ausgewichen werden könne. Deshalb werden auch Veranstaltungen in Tiengen betroffen sein. Das Hochrheinnarrentreffen und das Jubiläum des Hochrhein-Gymnasiums werden beispielsweise in diesen Zeitraum fallen. Zu klären sei auch, wo währenddessen die in der Stadthalle gelagerten Gegenstände untergebracht werden können.

Auf die Frage von Stadträtin Rita Mosel, CDU-Fraktion, inwieweit Hallenbad und Sauna betroffen sein werden, antwortet der Oberbürgermeister, das dies noch nicht bekannt sei.

Stadträtin Petra Thyen, GRÜNE-Fraktion, erkundigt sich, ob nicht erwogen worden sei, eine gemeinsame Stadthalle zwischen Waldshut und Tiengen zu bauen. Sie selbst sei noch nicht so lange im Stadtrat.

Oberbürgermeister Albers erwidert, dass dies 2008 im Rahmen der in dieser Sache erfolgten Besichtigungsfahrt besprochen worden war.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem beschriebenen, weiteren Vorgehen der Verwaltung zu. Weiterhin beschließt er, für die Beauftragung von Planungsgruppe und Fachplanern Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 € außerplanmäßig bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll beigelegt.

81.

Bauvorhaben Werne, Gurtweil

Stadtrat und Ortsvorsteher von Gurtweil Alfred Scheuble trägt vor, wie die Situation aus Sicht des Ortschaftsrats aussieht und veranschaulicht dies mittels einer Präsentation. Anliegen sei es, das Grundstück einer sinnvollen Nutzung zuzuführen.

Der unter den Zuhörern anwesende Bauherr, Klaus Werne von der Firma Werne Immobilien meldet sich zu Wort und wünscht, sich zum Projekt äußern zu dürfen.

Stadtrat Scheuble stellt folgenden Geschäftsordnungsantrag:

Beschluss:

Herrn Klaus Werne von Werne Immobilien wird das Wort erteilt, um eine Stellungnahme zu seinem Projekt abgeben zu dürfen.

Abstimmungsergebnis:

Bei 14 Ja-Stimmen
mehrheitlich beschlossen

Herr Werne erläutert, dass bei der Planung die Wünsche des Kunden berücksichtigt worden seien. So sei es auch dessen Wunsch gewesen, das Gebäude einige Meter von der Straße wegzurücken. Herr Werne sei kompromissbereit, solange es im Bereich des Machbaren liege. Dies betreffe z.B. auch die Tiefgarage.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat fasst den Aufstellungsbeschluss eines Bebauungsplanes „Innerort“, Stadtteil Gurtweil (Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13a BauGB). Der beigefügte Abgrenzungsplan ist Bestandteil des Beschlusses.

Der Gemeinderat beantragt nach § 15 BauGB, die Entscheidung des Bauantrags der Werne Immobilien GmbH vom 25.04.2013 zum Neubau eines 9-Familienwohnhauses mit 10 Garagen auf dem Grundstück Flst.Nr. 46, Prälatenweg 2 in Gurtweil, auszusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Bei 2 Nein-Stimmen
mehrheitlich beschlossen

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll beigefügt.

82.

**Übernahme der Wasserversorgung Witznau durch die Stadtwerke GmbH:
Öffentlich-rechtliche Vereinbarung, Erstreckungssatzung**

Oberbürgermeister Albers verweist auf die Sitzungsvorlage und erkundigt sich nach Widerspruch. Diesen stellt er nicht fest.

Nach kurzer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Erstreckungssatzung für den Wohnplatz Witznau und die öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Gemeinde Ühlingen-Birkendorf.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll beigefügt.

83.

Prüfung der Bauausgaben in den Jahren 2008-2011 durch die Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg

Der Oberbürgermeister verweist auf die vorliegende Sitzungsvorlage, in der die von der GPA getroffenen Feststellungen aufgeführt sind und stellt auf seine Nachfrage hin keinen Widerspruch fest.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt den Bericht über die Prüfungsergebnisse zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll beigelegt.

84.

Spenden

Oberbürgermeister Albers verliest Spenden gemäß beigelegter Zusammenstellung. Gegen die Entgegennahme und Weiterleitung bzw. Vermittlung dieser Spenden werden keine Einwendungen erhoben.

85.

Bekanntgaben

Eilentscheidungen

Oberbürgermeister Albers gibt die nachfolgenden Eilentscheidungen bekannt:

1. Überplanmäßige Bewilligung von 26.000 € für die Unterhaltung der 3-teiligen Sporthalle am Chilbiplatz. Das Landratsamt habe eine Rechnung in Höhe von 26.000 € geschickt, die um 19.000 € höher ausgefallen sei als die des Vorjahres. Vorhandene Mittel seien erschöpft.
2. Überplanmäßige Bewilligung von 80.000 €. Die Mehrkosten für die Umbaumaßnahme des Gebäudes Trottengasse 7 in eine Kinderkrippe seien vorwiegend durch die Vergrößerung des Außengeländes gegenüber der Ausgangsplanung entstanden.

Inoffizielle Einweihung des Kinderhortes St. Marien

OB Albers berichtet von dem Anlass, bei dem auch die Presse dabei gewesen sei. Bei der Feier anlässlich der Inbetriebnahme habe man die Kinder dabei haben wollen. Eine offizielle Einweihung mit dem Architekten, dann ohne Kinder, werde noch stattfinden.

Bahnverbindung Waldshut - Koblenz

Oberbürgermeister Albers informiert über ein Antwortschreiben von Verkehrsminister Hermann. Die Stadt Waldshut-Tiengen sowie der Landkreis beteiligen sich mit einem Anteil von jeweils 12.275 €, das Land Baden-Württemberg mit 300.000 € an den Kosten für die grenzübergreifende Bahnverbindung. Der Kanton Aargau schicke dem Land immer höhere Rechnungen. Nun habe das Land abgelehnt. Der OB halte dies für dramatisch. Es handele sich um die beste Verbindung in ganz Baden-Württemberg, die auch gut angenommen werde. Inhaltlich habe erreicht werden können, dass der Betrieb in 2013

und 2014 noch weiterliefe. In 2015 müsse dann erklärt werden, wie es weitergehe. Die Stadt habe ihren Anteil auf 25.000 € verdoppelt. Die ganze Sache sei nicht erfreulich, aber man habe wenigstens einen Teilerfolg verbuchen können.

86.

Verschiedenes

Rückblick auf das erste Halbjahr 2013

Oberbürgermeister Albers gibt anhand einer aus eingescannten Zeitungsberichten zusammengestellten Präsentation einen Rückblick auf wichtige Ereignisse im vergangenen letzten halben Jahr.

Neue Mosterei in Eschbach

Stadtrat Harald Würtenberger lädt als Vorsitzender des Vereins „Mostfreunde Eschbach“ zur Eröffnung der neuen Mosterei am Freitag, den 13. September um 18.00 Uhr ein. Eine schriftliche Einladung werde noch folgen.

Kinderkrippen im Kreis Waldshut

Stadträtin Petra Thyen berichtet, dass sie in einer Radiosendung des SWR3 gehört habe, dass der Kreis Waldshut Schlusslicht sei bei der Versorgung mit Kinderkrippen.

OB Albers antwortet, dass der Kreis dieses Thema ständig berate. Die Gemeinden hätten bereits viel getan. Dogern habe jetzt auch eine Krippe. Lauchringen habe viel getan und sei jetzt besser gestellt als Waldshut-Tiengen. Die ländlichen Regionen seien diesbezüglich generell schlechter gestellt. Die Zahlen von Sigmaringen seien beispielsweise noch schlechter als die von Waldshut-Tiengen.

Park & Ride-Plätze am Bahnhof Waldshut

Stadträtin Sylvia Döbele, SPD-Fraktion, bemängelt, dass es einem Bahnpendler seit einem halben Jahr nicht möglich sei, einen Park & Ride-Platz anzumieten. Die Stellplätze seien angeblich für Bahnpendler bestimmt. Auf Nachfrage würde man die Auskunft erhalten, dass der Platz ausgebucht sei und keine Warteliste geführt werde. Auf Nachhaken, dass doch viele der Plätze offensichtlich unbelegt seien, sei vom Mitarbeiter der Parkhausgesellschaft erwidert worden, dass die Mitarbeiter des Wasserwirtschaftsamtes halt auch mal Urlaub hätten. Frau Döbele bittet OB Albers diesbezüglich bei der Parkhausgesellschaft nachzuhaken.

Umbaumaßnahmen am Zoll

Stadtrat Harald Ebi, FDP-Fraktion, erkundigt sich, ob die Umbaumaßnahmen am Zoll wie geplant durchgeführt würden. OB Albers bejaht dies.

87.

Fragestunde

30-er-Zone für das Gurtweiler Tal

Ein Bürger aus dem Gurtweiler Tal beklagt sich, dass sich in Sachen Geschwindigkeitsbeschränkung im Gurtweiler Tal nichts tue. Es seien diesbezüglich vor einiger Zeit Unterschriften gesammelt worden. Gurtweil habe für die Rathausstraße eine 30-er-Zone bekommen. Sie nicht. Fakt sei, dass man als Fußgänger nicht ohne Probleme über die Straße komme.

Oberbürgermeister Albers wendet ein, dass es nicht die gleiche Situation sei, wie in Gurtweil. Die Stellen seien nicht vergleichbar. Wenn der Bauverein vorstellig würde, der in diesem Gebiet maßgeblich vertreten sei, würde er die Angelegenheit gerne vor den Gemeinderat bringen. Weiter gebe er zu Bedenken, dass Linienbusse in die Bergstadt führen. Im Moment konzentrieren sich die Geschwindigkeitsmessungen verstärkt auf die Kupferschmidstraße. Messungen in der Gurtweiler Straße hätten ergeben, dass die Masse des Verkehrs langsamer fahre, als sie müsste. Ausreißer gebe es am frühen morgen und nachts.